

Detlev v. Larcher
Mitglied im Koordinierungskreis von Attac

November 2008

Banker-bashing ist gerade sehr in. Ihre maßlose Gier nach schnellem sehr hohem Profit wird beklagt. Wären nur die Banker nicht so gierig, so wird uns suggeriert, wären sie mehr am langfristigen Erfolg ihrer Bank als an ihrem eigenen kurzfristigen Erfolg orientiert, würden sie sich ethisch korrekt verhalten, die Finanzmarktkrise wäre zu vermeiden gewesen.

Nun muss man die Banker wirklich nicht in Schutz nehmen, die Kritik an ihnen ist berechtigt. Aber wenn Politiker ihre heftigsten Kritiker sind, wollen sie den eigenen Anteil an der Krise verschleiern. Die ausschließliche Beschäftigung mit der Krise und den Rettungsaktionen, deren Notwendigkeit von niemand grundsätzlich bestritten wird, greift viel zu kurz. Nicht die Krise ist das eigentliche Problem, sondern das „ganz normale Funktionieren“ der Finanzmärkte. Die Schäden für Millionen von Menschen richten sie gerade dann an, wenn sie „normal“ funktionieren. Die Krise ist nur der fällige Offenbarungseid des herrschenden Finanzmarktkapitalismus.

Und die Voraussetzungen dafür, dass das kapitalistische System, in dem wir leben, immer mehr von den Finanzmärkten getrieben wird, sind von der Politik gesetzt. Den jetzt von ihnen beklagten Raubtierkapitalismus haben Politikerinnen und Politiker trotz vielfältiger Warnungen durch ihre Entscheidungen herbeigeführt. Wir dürfen es nicht zulassen, dass sie sich durch kräftige Banker-Schelte aus der Verantwortung stehlen.

Die Ergebnisse des so genannten Weltfinanzgipfels in Washington sind völlig unzureichend. Der Kern einer neuen Weltwirtschaftsordnung muss die Beseitigung der globalen ökonomischen Unterschiede und der sozialen Ungleichheit sein. Die nun angedachten neuen Regeln deuten darauf hin, dass es vielen Staats- und Regierungschefs der G20 vor allem um Kosmetik geht. Zu befürchten ist, dass sie kein Interesse haben, die tiefer liegenden Ursachen der Krise anzugehen, insbesondere das chronische Defizit der USA und die horrenden Exportüberschüsse von Deutschland und China.

Der begonnenen Weltwirtschaftskrise muss auf der Nachfrageseite und sozial begegnet werden. Die Pläne der G 20 sind auch deswegen zu kritisieren, weil kein international abgestimmtes, sozial-ökologisches Konjunkturprogramm verabredet wurde. Die Privatisierung der sozialen Sicherungssysteme und der sozialen Infrastruktur (Krankenhäuser, Verkehrsweg, Bahn, Ver.- und Entsorgungssysteme...) müssen sofort gestoppt und zurückgeholt (Rente) werden. Die sozialen Einrichtungen gehören in die öffentlichen Hände.

Die Finanzmärkte müssen durch Umverteilung geschrumpft werden. Dazu muss eine Finanztransaktionssteuer in allen Ländern eingeführt werden. Finanzmarktakteure wie Private-Equity, Hedge-Fonds, die Zweckgesellschaften der Banken und andere unregulierten

Finanzakteure müssen verboten werden. Die hochspekulativen Finanzinstrumente müssen von den Finanzmärkten verschwinden. Dazu muss ein internationaler, unabhängiger, demokratisch kontrollierter Finanzmarkt-TÜV unter dem Dach der UNO geschaffen werden.

Die Steuer- und Regulierungsoasen müssen endlich ausgetrocknet werden, denn die meisten Akteure des Schattenbankensystems haben ihren Sitz in diesen Oasen.

Über die Steuergesetzgebung (Sonderabgabe auf Millionen-Vermögen, Vermögensteuer, Erbschaftsteuer, höherer Spitzensteuersatz in der Einkommensteuer) muss gesichert werden, dass die Zocker die Kosten der Krise selber bezahlen, damit diese Kosten nicht dem normalen Steuerzahler aufgebürdet werden.

Dass die G20, den Internationalen Währungsfonds, IWF, stärken wollen, ist völlig verkehrt. Dies würde weitere Krisendynamiken auslösen, statt sie einzudämmen. Der IWF ist mit seiner Liberalisierungs- und Deregulierungs-politik einer der Brandstifter, der munter weiter zündelt. Während die Länder des Nordens, aber auch Indien, China und Brasilien in Washington für sich Zinssenkungen und Konjunkturprogramme in Anspruch nehmen, haben Ungarn, Südafrika, die Seychellen und einige andere Länder in den vergangenen Wochen unter dem Druck des IWF klassisch neoliberale Strukturanpassungsmaßnahmen aufgelegt - inklusive drastischer Zinserhöhungen und Haushaltskürzungen.

Auch wenn Herr von Heusinger in der Frankfurter Rundschau begrüßt, dass aus den G8 die G20 geworden sind, ist Prof. Heiner Flassbeck Recht zu geben, wenn er fordert, aus den G20 die G127 zu machen, damit aufhört, dass die armen Länder hinnehmen müssen, was die reichen Länder beschließen.

Um diese Forderungen Realität werden zu lassen, ist eine sehr breite soziale Bewegung notwendig. Millionen sind stärker als Millionäre, wenn sie gemeinsame Ziele verfolgen. Attac arbeitet am Zustandekommen einer solchen Bewegung und ruft die zur Teilnahme auf, die unsere Forderungen für richtig halten.